



Anstehen für Brot gehört im von Krieg und Sanktionen geplagten Syrien zum Alltag. Straßenszene im Westen des Landes

KARIN LEUKEFELD

Syrien Ende Dezember 2020. Der strahlend blaue Himmel wölbt sich über dem Antilibanon-Gebirge nordwestlich von Damaskus. Nach langen Wartezeiten ist es gelungen, den Tank des Wagens mit ausreichend Benzin zu füllen, im Kofferraum steht ein alter Blechkanister mit weiteren 20 Litern Ersatz. Wir sind auf dem Weg Richtung Norden. Auf der Reiseroute stehen Orte mit alteingesessener christlicher Bevölkerung: Maalula, Homs, Tadmur und Karjatain und schließlich Aleppo. Ein Besuch im Kloster Deir Mar Musa wird von der Klostersgemeinschaft abgelehnt: »Wir empfangen niemanden«, sagt Schwester Huda am Telefon. »Das ist eine Sicherheitsmaßnahme gegen das Coronavirus.«

Corona? »Egal!«

»Corona gibt es nicht«, meinen hingegen viele in Syrien, wenn man mit ihnen über das Virus spricht. Es sei nur ein weiteres Mittel, um Syrien und der Region zu schaden. Gemeint sind die geschlossenen Grenzen zu den Nachbarländern. Die Grenze zum Libanon war während des Krieges nie geschlossen, die zu Jordanien war vor zwei Jahren wieder geöffnet worden. Personen- und Warenverkehr hatten stetig zugenommen, bis die Grenzen im Frühjahr 2020 wegen der Pandemie wieder dicht gemacht wurden.

»Corona, herzlich willkommen«, meint wiederum der Buchhalter Hussam M. »Wir haben den Krieg überlebt, wir leben noch trotz eurer Sanktionen, und wenn das Virus uns aussucht, werden wir sehen, ob wir genügend Kraft haben, ihm zu widerstehen. Wenn nicht – Gott ist groß, und sein Wille geschehe.« Zweimal seien er und seine Frau schon am Virus erkrankt, vermutlich. Kaum jemand lasse sich testen, weil das einfach zu teuer sei. Aber »mach dir keine Sorgen«, fügt Hussam hinzu, als er das ernste Gesicht der Autorin sieht. »Unsere Gesundheit ist wie Stahl!«

Schon Scharbof, ein Hotelangestellter in Beirut, hatte der Autorin mit auf den Weg gegeben, dass die Syrer »ungewöhnlich stark« seien. »Ich weiß nicht, wie sie das alles schaffen«, meinte er nachdenklich

Unter lebenden Toten

Ein Land im Würgegriff westlicher Sanktionspolitik. Eine Reportage aus Syrien.

Von Karin Leukefeld

angesichts eines erneuten Lockdowns im Libanon. »Erst der Krieg, dann die Wirtschaftssanktionen, und selbst das Coronavirus scheint ihnen nicht viel auszumachen.«

»Corona? Ist doch egal, woran wir sterben«, sagt Jussif in Damaskus, dessen Namen die Autorin auf seinen Wunsch hin geändert hat. »Es gibt keinen Strom, kein Heizöl, kein Benzin, und auch das Brot wird rationiert.« Die Syrer seien »wie lebende Tote«, meint er und zeigt auf die andere Straßenseite: »Sieh mal da drüben, wie sie vor der Bäckerei anstehen, um zwei Rapta Brot zu bekommen. Unser Geld ist nichts mehr wert, Fleisch, Olivenöl, Milchprodukte können wir uns nicht mehr leisten. Haben wir so ein Leben verdient?«

Ein Rapta Brot sind sieben Fladenbrote, die in eine Tüte verpackt werden. Früher konnten die Syrer soviel von dem staatlich subventionierten Brot kaufen, wie sie wollten. Doch Weizen ist knapp geworden, seit die Kurden die Ernte im von ihnen selbstverwalteten Gebiet im Nordosten Syriens für sich behalten oder im angrenzenden Nordirak und – per Schmuggel – in der Türkei vermarkten. Die syrische Regierung hatte früher eine strategische Reserve für zwei Jahre in den Silos des Landes gelagert, doch nun muss sie Weizen mit knappen Dollar-Devisen auf dem Weltmarkt einkaufen.

Besuch in Maalula

Der strahlend blaue Himmel trägt, es ist kalt in Maalula. Die Soldaten am Kontrollpunkt tragen wärmende Mützen auf dem Kopf, während sie die wenigen Autos kontrollieren, die vorbeikommen.

Die Fahrt geht durch Ain Al-Tin, einen sunnitisch-muslimischen Ort. Die Männer dort arbeiten wie viele in dieser Region als Lastwagenfahrer und transportierten vor dem Krieg die syrischen Produkte in den Irak, nach Saudi-Arabien oder über den Golf von Akaba sogar bis nach Ägypten. Aufgrund geschlossener Grenzen und einer von Krieg und Sanktionen geschwächten Wirtschaft gibt es kaum noch Arbeit für die Männer von Ain Al-Tin, viele haben ihre Söhne ins Ausland geschickt. Die schweren Lastwagen sind eng aneinander auf freien Flächen des Ortes geparkt oder stehen in Werkstätten, wo sie gewartet werden.

Wenige Kilometer weiter, am Ortsrand von Maalula, erhebt sich eine kurz vor dem Krieg mit saudi-arabischen Geld errichtete Moschee. Das Gebäude ist stark beschädigt und steht leer. Die Einwohner von Maalula wollten nicht, dass die Muslime in ihren Ort zurückkehrten, sagt wenig später der Bürgermeister Joseph Saadi: »Sie haben Maalula an die Dschihadisten von der Fatah-Al-Scham-Front verraten und ihnen geholfen, den Ort zu überfallen und zu besetzen.« Junge Christen seien entführt und ermordet, wertvolle Ikonen aus Maalulas Kirchen gestohlen worden. »Wir trauen diesen Familien nicht mehr«, sagt Saadi. Mit den Leuten von Ain Al-Tin sei das anders: »Sie haben uns in dieser schweren Zeit immer geholfen.« Er selber habe seine Zahnarztpraxis in Ain Al-Tin und während der Besetzung Maalulas durch die Fatah-Al-Scham-Front dort auch gewohnt. »Sie sind unsere Nachbarn, und wir sind froh darüber.«

Maalula liegt zwischen hohen Felswänden, die im Sommer angenehme Kühle spenden, doch im

Winter können die Temperaturen dort bis auf minus 20 Grad sinken. Die Christen in Maalula beten noch in der Sprache Jesu, dem Aramäischen. Bei einem Treffen auf dem zentralen Platz des Ortes berichtet der in Maalula geborene Joseph Saadi, sein mehr als 90jähriger Onkel, der bei einem früheren Besuch der Autorin noch von der französischen Besatzungszeit erzählt hatte, sei vor wenigen Monaten gestorben. Auch sein Bruder sei gestorben, fügt er leise hinzu. Sehr plötzlich.

Neben Saadi steht Ibrahim Al-Schaer, der Vorsitzende des Stadtrates. Beide Männer beobachten die Aufstellung eines Weihnachtsbaums, der aus einem kegelförmigen Metallgestell besteht, das mit grünem Netz umspannt ist. Ein Mann steht auf der Arbeitsbühne eines Krans und montiert an der Spitze einen großen Stern. »Wir hoffen, den Baum in der Heiligen Nacht mit dem Generator der St. Georgskirche erleuchten zu können«, sagt Saadi, der über Pullover und Winterjacke einen Schal eng um den Hals geschlungen hat. »Wir haben kaum Strom, kein Heizöl, kein Gas zum Kochen«, zählt der Bürgermeister auf. Ein so schweres Jahr habe er in Maalula noch nie erlebt.

2.000 Menschen leben derzeit in dem Ort, berichten Saadi und Al-Schaer wenig später bei einem Gespräch im Büro des Stadtrates. Im Sommer seien es etwa doppelt so viele Bewohner, doch im Winter zögen viele Familien mit den Kindern nach Damaskus, wo die Versorgungslage etwas besser sei. »Früher haben sich die Leute in den dunklen Dezemberwochen auf Weihnachten vorbereitet. Immer gab es Strom. Kirchen, Klöster und Häuser wurden geschmückt und erleuchtet. Am Weihnachtsbaum

im Zentrum wurden Choräle gesungen und der Gottesdienst in der Heiligen Nacht gehalten. Dann zogen die Menschen zwischen den Kirchen hin und her und beglückwünschten sich, erinnert sich Ibrahim Al-Schaer an die Zeiten vor dem Krieg. Es habe immer genug zu essen gegeben.

Das Leben sei wegen der schweren Wirtschaftskrise so teuer geworden, dass viele Menschen »seit langem kein Fleisch mehr essen können«, fügt Joseph Saadi hinzu. Er verstehe nicht, warum die EU eine Wirtschaftsblockade über Syrien verhängt habe, damit würden auch die Nachbarstaaten Irak, Jordanien und Libanon bestraft: »Wenn das nicht wäre und wir unser Öl wieder nutzen könnten, könnten wir unser Land wieder aufbauen«, ist sich Saadi sicher. »Die einfachen Leute leiden, Alte und Junge, warum?«

Sehnsucht nach früher

Am nächsten Tag geht die Fahrt nach Tadmur. Die Wüstenstadt war in den 1920er Jahren von der französischen Mandatsmacht nördlich der Ruinenstadt Palmyra als Basis für die Fremdenlegion und ein Luftwaffengeschwader gebaut worden. Vorbild waren die französischen Garnisonsstädte in Algerien – Teil der französischen »Pazifizierungs-« und Kolonialstrategie. Die syrische Bevölkerung hatte bis dahin in Palmyra innerhalb der hohen Schutzmauer gelebt, die den Baal-Tempel umschloss. Auch die französischen Truppen lagerten zunächst am Baal-Tempel, verlegten sich und die Syrer aber dann in die neu errichtete Garnisonsstadt außerhalb des Ruinengeländes. Womöglich auch, um den archäologischen Grabungstrupps freie Bahn zu schaffen.

Zu Beginn des Krieges 2011 lebten mehrere hundert Christen in Tadmur, alle wurden gemeinsam mit dem Rest der Bevölkerung beim Vormarsch des »Islamischen Staat im Irak und in der Levante« (ISIS) 2015 vertrieben. Die kleine Kirche des Ortes wurde gebrandschatzt. 2017 eroberte die syrische Armee mit Unterstützung Russlands, des Iran und der libanesischen Hisbollah den Ort zurück.

Nach offiziellen Angaben sind rund 5.000 Personen nach Tadmur zurückgekehrt. Es gibt Schulen, ein Krankenhaus, Strom und Wasseranschlüsse; Telefon- und Internetverbindungen funktionieren. Wie auch in anderen Städten Syriens räumten die Männer gegen monatlichen Lohn des UN-Entwicklungsprogramms UNDP die Straßen von Müll und Kriegsschrott frei. Als wir bei einem Geschäft etwas zu essen und Wasser kaufen wollen, kommt ein junger Mann dazu. Er habe gehört, dass eine ausländische Journalistin gekommen sei, meint er zurückhaltend und stellt sich als Bassam Adhar, Pfleger im örtlichen Krankenhaus, vor. Er spreche Englisch und könne im »Zentrum« gern Fragen beantworten.

Mit »Zentrum« meint Bassam das örtliche Kebabrestaurant, in dem man auch gebrauchte Kleidung, Brot und Lebensmittel kaufen kann. Rechts und links des Restaurants liegen andere Geschäfte, in denen Haushaltswaren und Gemüse verkauft werden. Kinder spielen, ein Junge packt an einem hohen Verkaufstisch des Restaurants Kebab ein. Die beiden Schwestern Haya (10) und Rahaf (8) beobachten aufmerksam die Autorin, während sie sich Notizen auf ihrem Schreibblock macht. Auf die Frage, ob sie zur Schule gingen, nicken beide.

Im Krankenhaus arbeiteten mehr als 100 Personen in zwei Schichten, zählt Bassam auf: Pfleger und Techniker, Fahrer und Küchenpersonal. Ein Arzt komme alle zwei Tage aus Homs. Wenn jemand schwer erkrankt, könne er mit einem der Krankenwagen des Roten Halbmonds in die Stadt gebracht werden. Coronafälle gebe es keine, sagt er auf die Frage, die er offenbar erwartet hat: »Wir haben 20 Intensivbetten und Sauerstoff, um schwer Erkrankte zu versorgen.« Und es gebe eine Mutter-Kind-Station, wo die Kinder geboren würden. Ein großes Problem sei die Versorgung mit Medikamenten, an denen es vor dem Krieg nie gemangelt habe: »Syrien hatte eine eigene Pharmaindustrie, die fast vollständig zerstört wurde«, sagt er. Nun sei es schwierig, Rohstoffe zu importieren, weil gegen Syrien Sanktionen verhängt worden seien und es an Devisen fehle.

Auf die Frage, ob viele Menschen zurückgekehrt seien, nickt er eifrig: »Ja, jeden Tag kommen Leute zurück und sehen nach ihren Häusern. Aber an den Wochenenden und jetzt im Winter fahren sie wieder nach Homs zurück.« Viele arbeiteten auf den Salzfeldern östlich der Stadt, das sei eine sehr schwere Arbeit. Das Salz aus Palmyra sei jodhaltig und sehr gut, betont Bassam.

Verarbeitet werde es in einer Fabrik in Homs.

Auf die Frage, ob auch Christen wieder nach Tadmur zurückgekehrt seien, schüttelt Bassam Adhar den Kopf. »Nein«, sagt er nachdenklich. »Vermutlich werden sie erst wiederkommen, wenn ihre Kirche wieder aufgebaut ist.« Während des Krieges habe eine armenisch-christliche Familie in Tadmur gelebt. Der Mann sei Automechaniker gewesen, Arbeit habe es immer gegeben. Nun seien die Armenier in ihre Heimat, nach Aleppo zurückgezogen. Am meisten aber vermisse er die Touristen, die vor dem Krieg immer nach Palmyra gekommen seien. Auf die Frage, was er sich für das neue Jahr wünsche, zögert er nicht lange: »Dass Syrien wieder so wird, wie es früher war.«

Es ist spät geworden in Tadmur. Die Abfahrt aus dem Ort verzögert sich, weil die Straße kurzfristig gesperrt ist. Von Deir Al-Sor her sind Öltransporter eingetroffen. Woher sie genau kommen, ist nicht zu erfahren. Die Tanklaster sammeln und formieren sich zu einem Konvoi, bevor sie sich mit beginnender Dunkelheit auf den Weg nach Homs machen, zu einer der zwei Ölfraffinerien des Landes.

Wie schon auf dem Hinweg führt die Straße zurück nach Homs entlang der syrisch-irakischen Pipeline, die von Kirkuk über Haditha nach Tadmur und schließlich in den Hafen von Banijas führt. Die 800 Kilometer lange Pipeline war 1952 gebaut worden und konnte pro Tag rund 300.000 Barrel Rohöl fördern. Wegen politischer Konflikte zwischen Hafez Al-Assad und Saddam Hussein sowie langjährigen UN-Sanktionen gegen Irak nach 1991 blieb die Pipeline ungenutzt. Im Herbst 2000 beschlossen Bashar Al-Assad und Saddam Hussein, die Pipeline wieder in Betrieb zu nehmen. Bei der US-geführten Invasion gegen Irak im Jahr 2003 wurde die Pipeline schließlich von US-Kampffjets zerstört und seitdem nicht wieder repariert.

Rechts und links der Straße treiben Hirten ihre Schaf- und Ziegenherden, über die Ebene legt sich langsam »Dabab«, dichter Nebel. Kilometerlang geht die Fahrt unter höchster Anspannung des Fahrers fast nur noch im Schritttempo voran. An der Stadtgrenze von Homs schließlich wird die Sicht klarer, der Nebel lichtet sich. Obwohl es schon spät ist, fahren wir weiter nach Aleppo, das wir zwei Stunden später über die Autobahn M 1 erreichen. Sie war Anfang 2020, bei der letzten Idlib-Offensive, von der syrischen Armee freigekämpft worden.

Der Dieb von Aleppo

Die Industriekammer von Aleppo ist wieder an ihren alten Standort an der Mutannabi-Straße, unweit der alten Omaidjaden-Moschee zurückgekehrt. Um mit dem Auto auf den Parkplatz der Industriekammer zu gelangen, fährt man zunächst um einen Kreisverkehr, an dem der Geschäftsmann Hussam Al-Katerji eine Tafel hat anbringen lassen. Möglicherweise hat seine Firma, die er mit zwei Brüdern leitet, den Platz von Kriegsspuren gesäubert und neu gestaltet. Die drei Katerji-Brüder stammen aus Rakka und stehen der »International Al-Katerji Group« vor, die dank der neu entstandenen Kriegsindustrie in Syrien zu Ruhm und Geld gekommen ist. Vor allem, weil Hunderte Tanklastwagen der Firma aus den Gebieten im Nordosten des Euphrat – der sogenannten Dschasira – Öl ins Land zurückbrachten.

Al-Katerji kaufte das Öl zunächst der »Freien Syrischen Armee«, dann dem »Islamischen Staat« und schließlich der kurdisch geführten Selbstverwaltung ab, um es – sicherlich nicht umsonst – zur staatlichen Raffinerie nach Homs zu liefern. Damit wurde die Versorgung Syriens mit Heizöl und Benzin sichergestellt, obwohl die Ölressourcen des Landes seit 2012 von Regierungsgegnern und seit 2016 auch von US-Truppen und internationalen Söldnern besetzt gehalten werden. Mittlerweile soll die Al-Katerji Group auch Weizen aus der Dschasira aufkaufen, um es an die Regierung zu liefern. Dafür wird Al-Katerji, der zur Absicherung seiner Geschäfte eine eigene Miliz aufbaute und mittlerweile mit Firmen in verschiedenen Bereichen tätig sein soll, auf den US-amerikanischen und europäischen Sanktionslisten geführt. Syrische Nichtregierungsorganisationen in Europa und den USA prangern ihn dafür an, dass er das »syrische Regime« mit den nationalen Ressourcen des Landes versorgt.

Am Eingang der Industriekammer von Aleppo werden die Besucher auf die Maskenpflicht hingewiesen und müssen durch einen Metallbogen laufen, der sie mit Desinfektionsflüssigkeit besprüht. Auf dem Boden liegt ein großes Transparent, das den türkischen Präsidenten Recep Tayyip Erdogan,

den »Dieb von Aleppo« zeigt. Das Transparent ist verblasst, weil schon so viele Schuhe über das Konterfei Erdogans gelaufen sind.

Spätestens seit dem legendären Schuhwurf des irakischen Journalisten Muntader Al-Saidi im September 2009 auf US-Präsidenten George W. Bush bei einer Pressekonferenz in Bagdad, ist auch im Westen bekannt, dass man in der arabischen Welt jemandem, dem man seine tiefste Verachtung zeigen will, auf die eine oder andere Art die Unterseite seiner Schuhe präsentiert. »Dieb von Aleppo« bezieht sich auf die Zerstörung der 17 Industriezentren in und um Aleppo, die mit der Offensive der »Freien Syrischen Armee« auf die Stadt im Sommer 2012 begann. Fuhrparks, Computeranlagen, Maschinen und Rohstoffe wurden gestohlen und – unter den Augen der türkischen Armee und ihrer Verbündeten – über die Grenze in die Türkei abgeschleppt. Die Geschäftsleute von Aleppo dokumentierten die Plünderung und reichten 2016 Klage beim Internationalen Gerichtshof in Den

Ein Großteil der Baumwolle werde nun in die Türkei geschmuggelt, die den Kurden die Baumwolle weit unter dem Weltmarktpreis abkaufe. »Die kurdische Administration verhindert, dass die Bauern ihre Baumwolle wie früher nach Aleppo verkaufen«, wirft Madschd, ein Kollege von Schamma ein. Aleppo sei gezwungen, Baumwolle aus Indien kaufen. Er habe gehört, die kurdische Administration suche nach Arbeitern und plane offenbar eine eigene Textilindustrie aufzubauen, mit syrischer Baumwolle.

2010 hätten Teppiche, Stoffe und Kleidung im Wert von 260 Millionen US-Dollar (214 Millionen Euro) die Werkhallen in Aleppo verlassen, ein Viertel der gesamten Exporte der Stadt. 2012 sei der Export auf Null zusammengebrochen und habe sich auch 2013 und 2014 nicht erholt, da Aleppo unter Belagerung stand. Für 2015 lägen keine Zahlen vor. Erst 2017 sei die Produktion wieder aufgenommen worden, habe jedoch nur einen Umsatz von 940.000 US-Dollar erreicht. Weil die Grenzen



Joseph Saadi, Bürgermeister von Maalula, einer Ortschaft nordöstlich von Damaskus mit rund 2.000 Einwohnern

Haag und beim Europäischen Gerichtshof in Strasbourg ein. Bisher ohne Ergebnis.

Die Autorin ist mit Ingenieur Mohammed Rafaat Schamma verabredet. Er vertritt den Vorsitzenden der Industriekammer Fares Schehabi, der sich auf einer Auslandsreise befindet. Schamma hat noch zwei weitere Geschäftsleute eingeladen, die mit ihrer speziellen Expertise ebenfalls an dem Interview teilnehmen. Nicht nur der Krieg habe Aleppo, die »Industriehauptstadt Syriens«, schwer getroffen, sagt Schamma. Hier kämen die Sanktionen der USA (»Caesar Act«) und die der Europäischen Union. »Sie betreffen nicht nur die Industrie und die Wirtschaft unseres Landes, sondern haben Auswirkungen auf das Leben der Syrer«, sagt er, während starker arabischer Kaffee serviert wird.

Neue Wege nach der Zerstörung

Vor dem Krieg hätten mehr als 34.000 Fabriken und Familienbetriebe in den 17 Industriezentren Aleppos fast rund um die Uhr für den lokalen Markt und für den Export produziert, fährt Schamma fort, der wie seine Brüder in der Textilbranche tätig ist. 70 Prozent der Produktion – Textilien, Lebensmittel, Pharmazeutika und Bautechnik – seien in den Export gegangen. »Heute arbeiten 18.000 Produktionsstätten bzw. werden renoviert«, aber es gebe viele Schwierigkeiten. »Die strategischen Ressourcen Syriens – Weizen, Öl und Baumwolle – haben nicht nur unser Land und die Bevölkerung ernährt, sie brachten durch Verarbeitung und Export auch internationale Devisen«, sagt Schamma. Heute seien »die Gebiete im Osten, dort wo Weizen, Öl und Baumwolle herkommen, unter Kontrolle der Kurden«. Diese schmuggelten »die syrischen Ressourcen ins Ausland und verhindern, dass sie an den Staat geliefert werden«. Aktuell verliere Syrien 79 Prozent seiner Baumwollernte, die international für ihre hervorragende Qualität bekannt sei. Einmal habe sogar die deutsche Nationalmannschaft bei einem Spiel der Weltmeisterschaft Trikots »Made in Syrien« getragen. Der gesamte Produktionskreislauf sei in syrischer Hand gewesen: »Anbau, Ernte, Verarbeitung und Verkauf.«

geschlossen waren, sei das hauptsächlich in Syrien selber erwirtschaftet worden. 2018 stiegen die Umsatzzahlen auf drei, 2019 auf vier Millionen, und 2020 habe man den Umsatz auf acht Millionen US-Dollar verdoppeln können.

»In diesem Jahr planen wir den Export auf 100 Millionen US-Dollar zu steigern«, sagt Madschd und lacht. »Die Krise hat uns zerstört, aber wir haben neue Wege gefunden, um wieder auf die Beine zu kommen. Wir haben Arbeitsplätze für Frauen und Männer geschaffen, die wieder mehr als die eigene Familie ernähren können. Wir sind der private Sektor, wir warten auf niemanden. Das, worüber wir am Abend nachdenken, setzen wir am nächsten Morgen um.«

Fast zwei Stunden sind in dem lebhaften Gespräch vergangen, auf alle warten die nächsten Termine. »Wenn Deutschland uns helfen will, soll man uns Visa ausstellen«, sagt Schamma zum Abschied. »Heben Sie die Sanktionen auf, lassen Sie die Zentralbank wieder international arbeiten.« Die europäischen Firmen wollten die alten Geschäftsbeziehungen wieder aufnehmen, hätten aber Angst wegen der Sanktionen. Geschäftsleute aus Aleppo könnten den deutschen Markt beliefern und dort auch wieder Maschinen kaufen. »Viele Syrer sind nach Deutschland ausgewandert und haben dort eigene Geschäfte eröffnet«, sagt Schamma nicht ohne Stolz: »Die Syrer sind kompetent, fleißig und begeisterungsfähig. Das ist, was man für einen Neuanfang braucht.«

■ Karin Leukefeld schrieb an dieser Stelle zuletzt am 15. Mai 2018 über die Gründung des Staates Israel und die Vertreibung von Palästinensern vor damals 70 Jahren.

■ Lesen Sie morgen auf den/iW-Themaseiten:

Vorbild Straße. Protest und Misere der indischen Opposition

Von Thomas Berger